

15
83

Union in Deutschland

Bonn, den 21. April 1983

Helmut Kohl in den USA

Deutsche Interessen gestärkt

Der Besuch des Bundeskanzlers in Washington hat erneut die feste Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland eindrucksvoll unterstrichen und zu einer nahtlosen Übereinstimmung beider Seiten in allen wichtigen außenpolitischen Fragen geführt. Dies ist ein großer Erfolg für das westliche Bündnis — und es ist ein großer persönlicher Erfolg für Bundeskanzler Helmut Kohl.

Für den Bereich der Ost-West-Beziehungen, der Sicherheitspolitik, des KSZE-Prozesses und der Wirtschaftspolitik sind Leitlinien erarbeitet, Prioritäten gesetzt und Interessen abgeglichen worden. Die grundlegende Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen hat es ermöglicht, auch die strittige Frage der Wirtschaftspolitik gegenüber der Sowjetunion einvernehmlich zu behandeln und als mögliche Quelle von Irritationen im europäisch-amerikanischen Verhältnis zu entschärfen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Geschlossenheit und inneren Stärke der westlichen Allianz.

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ PARTEIEN- FINANZIERUNG

Kommissionsbericht ist eine gute Grundlage für eine Neuregelung
Seite 5

■ AUFSCHWUNG

Hervorragende Entwicklung der Baukonjunktur
Seite 6

■ SCHULEN

Mehr Sachinformationen über die Friedenssicherung durch die Bundeswehr erforderlich
Seite 7

■ VOLKSZÄHLUNG

Vogel macht sich unglaublich
Seite 8

■ SCHEIDUNGS- RECHT

Regierung Kohl beseitigt Härten im Versorgungsausgleich
Seite 11

■ NIEDERSACHSEN

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt des Braunschweiger Parteitages
Seite 13

■ DER FALL DREWITZ

DDR-Grenzschikanen belasten innerdeutsches Verhältnis
Seite 15

■ DOKUMENTATION

ABC der Europäischen Einigung
grüner Teil

■ REGISTER gelber Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Auf der Pressekonferenz nach Abschluß seines Besuchs in Washington erklärte Helmut Kohl: In meinen sehr ausführlichen, intensiven Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten, an denen auch der Bundesaußenminister teilgenommen hat, haben wir, zugleich auch als Vertreter der derzeitigen Präsidialmacht der Europäischen Gemeinschaft, einen intensiven Dialog mit dem Präsidenten fortsetzen können, einen Dialog, der begonnen hat nach meiner Amtsübernahme mit meinem Besuch im November, den wir in einer Fülle von Botschaften und Nachrichten praktisch Woche für Woche intensivieren konnten.

Ich bin außerdem mit dem Vizepräsidenten, mit Außenminister Shultz, mit Herrn Weinberger und mit einer großen Zahl amerikanischer Senatoren zusammengetroffen. Alle diese Gespräche waren für uns Teil der intensiven und kontinuierlichen deutsch-amerikanischen Konsultationen, denen wir gerade in diesen letzten Wochen und Monaten besondere Bedeutung beimessen.

Wichtige internationale Konferenzen erfordern eine besonders intensive europäische und auch deutsch-amerikanische Abstimmung. Wir haben besonders ausführlich über den Stand der Ost-West-Beziehungen gesprochen. Dabei stand im Mittelpunkt der Erörterungen, wie der Westen durch eine entschlossene und gemeinsame Politik einen wirklichen Durchbruch zu Abrüstung und Entspannung erreichen kann. Wir waren uns einig, daß die Grundlage hierfür die Prinzipien sein müssen, die im Juni 1982 auf dem NATO-Gipfeltreffen in Bonn anläßlich unserer Begegnung am 16. November 1982 bekräftigt wurden.

Um Klarheit und Berechenbarkeit unserer Politik deutlich zu machen und Fehleinschätzungen in Moskau zu vermeiden,

bleibt es wichtig, mit der sowjetischen Führung in persönlichem Kontakt zu bleiben. Wir waren uns einig über die Nützlichkeit von Gipfeltreffen, wenn diese zum richtigen Zeitpunkt stattfinden und gründlich vorbereitet sind.

Wir waren uns auch einig über die große Bedeutung des KSZE-Prozesses. Ein baldiger Abschluß des Madrider Folgetreffens mit einem substantiellen und ausgewogenen Schlußdokument ist nach meiner Überzeugung möglich und nötig. Dieses Dokument muß eine klare Aussage zu den Menschenrechten enthalten und reale Fortschritte bringen. Es soll eine Konferenz für Abrüstung in Europa einsetzen, die über Maßnahmen der Vertrauensbildung in ganz Europa verhandeln soll.

Wir wollen die Politik aktiver Friedenserziehung fortsetzen, die darauf gerichtet ist, den Frieden in Freiheit zu sichern. Gleichzeitig wollen wir beharrlich in den Bemühungen fortfahren, durch Zusammenarbeit zu konstruktiveren Beziehungen mit der Sowjetunion zu gelangen, wo immer wir dies können. Durch Zurückhaltung und verantwortliches Verhalten in den internationalen Beziehungen sollte die Sowjetunion ihren Beitrag dazu leisten, dies möglich zu machen.

Wir haben uns sehr intensiv über die INF-Verhandlungen im Lichte der jüngsten Verhandlungsvorschläge der Vereinigten Staaten unterhalten, deren Rahmen in den bevorstehenden Verhandlungsrunden in Genf weiter ausgefüllt werden kann.

Es liegt nun bei der Sowjetunion — auf dies ist ihre große Verantwortung —, auf diese Initiativen konstruktiv einzugehen und den Weg für eine für beide Seiten annehmbare Lösung freizumachen. Die optimale Lösung, das Wunschziel schlechthin, bleibt der vollständige Verzicht sowohl der USA wie der Sowjetunion auf nukleare landgestützte Mittelstreckenraketen.

Ich habe volles Zutrauen in die amerikani-

schen Verhandlungsbemühungen in Genf, die wir mit unseren Partnern im Bündnis voll unterstützen, und ich bin dankbar für die intensive Unterrichtung, die wir häufig Woche für Woche über jeden Schritt der Genfer Verhandlungen durch die Amerikaner erfahren haben.

Diese Gespräche in Washington haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, daß der amerikanische Präsident fest entschlossen ist, jede nur denkbare vernünftige Lösung zu nutzen, um zu konkreten und ausgewogenen Ergebnissen in der Abrüstungsfrage zu kommen.

Einen wichtigen Teil unserer Gespräche nahmen die Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels in Williamsburg ein, dessen Gastgeber Präsident Reagan sein wird. Wir waren uns einig, daß diese Konferenz eine gute Arbeitsatmosphäre braucht, daß die Tagesordnung so gestalten müssen, daß sie bewältigt werden kann, daß wir möglichst arbeitsfähige, das heißt kleine Delegationen nach Williamsburg bringen sollten, mit einem Wort, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen sollte. Wichtiges Thema aus unserer gemeinsamen Sicht ist dort vor allem die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Probleme, die uns in den einzelnen Ländern ganz besonders heimsuchen.

Die Vorbereitungsgespräche für Williamsburg haben auch die sehr gewichtigen Probleme der Nord-Süd-Beziehungen umfaßt. Wir wollen auf der Grundlage gemeinsamer Positionen zum Erfolg der bevorstehenden Belgrader UNCTAD-Konferenz beitragen. Die Gespräche hier haben mir erneut gezeigt, daß die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft auf festen Grundlagen und auf einer breiten Übereinstimmung der fundamentalen Interessen beruht.

Das Jahr 1983 ist ein gutes Jahr, dieses zu demonstrieren. Es ist der 300. Jahrestag der Einwanderung Deutscher aus Krefeld in die Vereinigten Staaten, und ich freue mich, daß ich aus diesem Anlaß den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten im Juni in der Bundesrepublik begrüßen kann. Im Herbst wird Bundespräsident Karl Carstens den Vereinigten Staaten einen Besuch aus einem ähnlichen Anlaß abstatten.

Das alles zeigt, daß wir unserem Ziel in diesen Jahren immer näher gekommen sind, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik möglichst eng und freundschaftlich zu gestalten. So waren auch der Tenor und die Atmosphäre unserer Gespräche herzlich, freundschaftlich und offen, wie dies unter guten Freunden sein soll.

In- und ausländische Pressestimmen zum US-Besuch von Helmut Kohl

Die Harmonie zwischen den USA und ihrem wichtigsten westeuropäischen Verbündeten ist auf der Reise bestätigt worden, von der Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher nach etwas mehr als 24 Stunden aus Washington zurückgekehrt sind.

Es handelt sich um eine Harmonie, die auf gleichen Wertvorstellungen beruht. Das

ist eine Basis, auf der sich Meinungsverschiedenheiten in Sachfragen freundschaftlich beilegen lassen.

Kölnische Rundschau, 18. April 1983

Nichts an den einzelnen Positionen rechtfertigt den Verdacht des sozialdemokratischen Fraktionsführers, der Kanzler habe sich in Washington dem Automatismus des amerikanischen Konzepts der Rake-

tenstationierung unterworfen. Daß es ohne Krach zuzuging, läßt doch wohl den Schluß nicht zu, hier habe der deutsche Regierungschef die Vertretung deutscher Interessen verfehlt. Nicht einmal Pflichtübungen der Opposition sollten so dürftig sein. **General-Anzeiger, Bonn, 18. April 1983**

Die feste Haltung Kohls in der Frage der Raketen-Nachrüstung belohnten die Reagan-Mannen mit einem teilweisen Rückzug in der Frage des Ost-West-Handels.

Kanzler Kohl fand Harmonie nicht nur zwischen deutschen und amerikanischen Positionen, sondern auch zwischen den USA und der EG. „Keine Probleme, keine Probleme“, wurde immer wieder versichert.

Handelsblatt, 18. April 1983

Der Kanzler genießt in der amerikanischen Hauptstadt längst den Ruf des aufrichtigen und verlässlichen Alliierten, und nicht erst seit Helmut Kohl betrachten die USA die Christdemokraten als diejenige politische Kraft in Westeuropa, auf die sie am ehesten setzen können.

Kohl hat bei seinen zwei Besuchen in Amerika als Regierungschef nicht Kapital verspielt, sondern neues geschaffen.

Stuttgarter Zeitung, 18. April 1983

Es ist nur angemessen, daß Kohl seinen Besuch in Washington mit der Ankündigung beendet hat, er werde noch vor Ende Juni nach Moskau reisen. Westdeutschland ist in einer kritischen Position in diesem Jahr heikler Verhandlungen zwischen Ost und West. Es ist einer der wichtigsten europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten (einige würden sagen, der wichtigste Verbündete), und es ist das wichtigste politische Ziel der Sowjetunion, im gegenwärtigen Spiel von Druck und Gegendruck um die nuklearen Mittelstreckenraketen... Dies verlangt von Bundeskanzler Kohl eine aktive Rolle. Und er ist dazu wegen des Vertrauens,

das er in Washington genießt, um so besser geeignet. **The Times, 18. April 1983**

Die Freundschaft zwischen der Bundesrepublik und den USA, die in den Zeiten Schmidts von zahlreichen Gegensätzen überdeckt war, auch auf persönlicher Ebene, ist wieder vollkommen in Ordnung und hat keine Schatten mehr. Zwischen den beiden Ländern besteht nun Übereinstimmung über fast alle Probleme. In diesem Sinn war Kohls Reise ein Erfolg. Trotzdem bleiben die Interessensunterschiede zwischen der in sich selbst ruhenden Weltmacht USA und der europäischen Macht Westdeutschlands nicht verborgen. Die Bundesrepublik ist zu einem Zusammenleben mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Ostens gezwungen. Und zum Sprecher dieser besonderen Interessen hat sich Kohl gemacht. Deshalb gibt es auch im Rahmen der allgemeinen Übereinstimmung Unterschiede bei der Akzentsetzung, die in den kommenden Monaten mehr Gewicht bekommen könnten.

Corriere della sera, 18. April 1983

Es paßt, daß Kohl seinen Besuch in Washington mit der Ankündigung abschloß, daß er noch vor Ende Juni nach Moskau geht. Westdeutschland nimmt in dem Jahr der Verhandlung zwischen Ost und West eine delikate Stellung ein. Das Ziel von Kohls Visite sollte nicht sein, mit Andropow ein Abkommen auszuhandeln, sondern ihm klarzumachen, daß der Westen eines will. Dies zu unterstreichen ist kein Zeichen der Schwäche, sondern eine Haltung der Stärke. **The Times, 18. April 1983**

Die zweite Visite Kohls in Washington, diesmal als solide gewählter Regierungschef, bestätigte das verbesserte Klima zwischen den USA und Westdeutschland seit dem Regierungswechsel.

Der Bund (Bern), 18. April 1983

■ PARTEIENFINANZIERUNG

Kommissionsbericht ist eine gute Grundlage für eine Neuregelung

Zu dem am Montag, 18. April 1983, dem Bundespräsidenten übergebenen Abschlußbericht zur Parteienfinanzierung erklärt der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler: Die CDU begrüßt den Abschlußbericht der Kommission zur Parteienfinanzierung als eine gute Grundlage, um die Finanzierung der Parteien auf eine gerechtere und mit der Verfassung in Einklang stehende Grundlage zu stellen.

Die CDU ist der Auffassung, daß auf der Grundlage dieser Empfehlung der Deutsche Bundestag möglichst rasch eine von einer breiten Mehrheit getragene gesetzliche Neuregelung verabschieden sollte. Der Vorschlag der Kommission war auch deswegen notwendig, weil auf der einen Seite das Grundgesetz und das Parteiengesetz den Parteien umfangreiche öffentliche Aufgaben zuweisen, auf der anderen Seite aber die Möglichkeiten, diese Aufgaben zu finanzieren, bisher vom Gesetzgeber nur unzureichend geregelt worden waren.

Grundsätzlich leistet die Vorlage der Kommission eine wichtige Voraussetzung dafür, daß in der Zukunft die politischen Parteien als unverzichtbare Institutionen der parlamentarischen Demokratie ihren verfassungspolitischen Auftrag erfüllen und entsprechend ihren Aufgaben finanzieren können.

Die CDU sieht das besondere Verdienst der Sachverständigenkommission nicht nur in den neuen Vorschlägen für die zu-

künftige Gestaltung des Parteienfinanzierungsrechtes, sondern sehr wohl auch darin, daß diese Vorschläge auf einer sehr sorgfältigen, kritischen Aufarbeitung der bisherigen Entwicklung des Parteienfinanzierungsrechtes aufbauen. Diese Arbeit ist für die politischen Diskussionen hilfreich und schafft die Voraussetzung für eine Neuregelung der Parteienfinanzierung, die die Chancengleichheit der Parteien erhöht und das finanzielle Engagement des Bürgers für die Parteien ermutigt.

Die Kommission setzt nach Auffassung der CDU Eckpunkte, die bei einer Neuregelung beachtet werden müssen:

1. Die Parteienfinanzierung muß für den Bürger durchschaubar sein. Daher stimmt die CDU mit den Gutachtern darin überein, daß die Parteien nicht nur über die Herkunft, sondern in Zukunft auch über die Verwendung der Mittel und über ihre Vermögensverhältnisse öffentlich Auskunft geben sollen.
2. Die Finanzierung der Parteien ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern in erster Linie Aufgabe des Bürgers. Die CDU unterstützt die Auffassung der Kommission, daß die Finanzierung der Parteien durch den Bürger „absoluten Vorrang“ hat. Der Satz „Spenden an Parteien sind verfassungspolitisch erwünscht, um deren Staatsunabhängigkeit zu erhalten“ wird von der CDU voll geteilt. Die Gleichstellung politischer Parteien mit anderen steuerbegünstigten Organisationen ist ein

(Fortsetzung auf Seite 6)

■ AUFSCHWUNG

Hervorragende Entwicklung der Baukonjunktur

Die Aussagen des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes über die zu erwartende Entwicklung der Baukonjunktur sind eine großartige Bestätigung der Politik der Bundesregierung seit dem letzten Herbst. Fiel die Bauproduktion 1980 noch um fünf Prozent und erhoffte man sich um die Jahreswende einen Anstieg des Bauvolumens um etwa zwei Prozent, kann jetzt eine Steigerung der Bauproduktion 1983 von 3,5 Prozent erwartet werden.

Dies wird nach erheblichen Arbeitsplatzverlusten im Jahre 1983 unabhängig vom saisonbedingten Frühjahrsanstieg in diesem Jahr wieder zu einer realen Aufstockung der Arbeitsplätze führen. Die Aussage, bereits in den nächsten Wochen 350 000 Arbeitskräfte neu einzustellen, ist ein Lichtblick, stellt MdB Dietmar Kansy, wohnungsbaupolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

(Fortsetzung von Seite 5)

logischer Schritt, wenn die Bürger stärker die Parteien finanzieren sollen.

Insgesamt weisen die Vorschläge der Kommission neue Wege, die Parteienfinanzierung bürgernah zu gestalten. Dazu zählt auch der Bürgerbonus, der das bisherige Verteilungsverfahren einmal ersetzen soll. Über diesen Weg, die Parteienfinanzierung noch bürgernaher zu gestalten, ist jedoch eine intensive politische

Daß die größte Zuwachsrate mit 7,5 Prozent im Wohnungsbau erwartet wird, hat seinen Anteil wesentlich, aber nicht ausschließlich, im Sonderprogramm der Bundesregierung zur Ankurbelung der Baukonjunktur vom Herbst 1982. Eine glaubhafte Politik der Haushaltskonsolidierung hat darüber hinaus nach mehrmaliger Senkung der Leitzinsen spürbar auf die Hypothekenzinsen durchgeschlagen. Klare ordnungspolitische Aussagen im Steuer- und Mietenbereich taten das übrige.

Im Steuerbereich wird auch ein Schwerpunkt der künftigen Wohnungsbaupolitik der Union liegen, um jetzt die Baunachfrage zu verstetigen und von Konjunkturprogrammen unabhängig zu machen. Konjunkturprogramme, wie das derzeitige, letzten Herbst vom Sachverständigenrat deshalb zur Unrecht kritisierte, weil es für die Bundesregierung keine ordnungspolitische Zielvorstellung, sondern eher eine Mund-zu-Mund-Beatmung einer schwerkranken Branche war, stehen zukünftig nicht mehr zur Debatte.

Die erforderliche Verstetigung muß aber über den Wohnungsbaubereich hinaus künftig auch für den Bereich des Tiefbaus, der öffentlichen Bauten und des Wirtschaftsbaus erreicht werden, sollen uns Einbrüche wie der letzte in diesem Ausmaß erspart bleiben.

Diskussion notwendig, damit die Chancengleichheit für alle Parteien gewährleistet bleibt.

Die CDU hat im übrigen durch organisatorische und andere geeignete Maßnahmen darauf hingewirkt und wird weiter darauf hinwirken, daß eine sparsame und effektive Haushaltsführung gewährleistet ist. Zum Beispiel hat sie in den letzten Jahren dafür gesorgt, daß der Personalbestand der Bundesgeschäftsstelle auf dem Stand von 1972 gehalten werden konnte.

SCHULEN

Mehr Sachinformationen über die Friedenssicherung durch die Bundeswehr

„In einem demokratischen Staat muß es selbstverständlich sein, daß über die Verteidigungstreitkräfte und ihren Auftrag zur Sicherung des Friedens auch in den Schulen sachlich informiert wird“, erklärte Anton Pfeifer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in Bonn.

Beispiele in unseren demokratisch regierten Nachbarstaaten zeigen, daß dort diese Aufgabe auch von sozialistischen Regierungen in ähnlicher Weise gesehen und ernstgenommen wird, wie dies die Kultusminister der Union auch für die Schulen unseres Landes erreichen wollen.

Die Sorge des früheren Bundesverteidigungsministers Apel (SPD) und vieler anderer verantwortlicher Politiker nach den Krawallen bei den Gelöbnissen der Bundeswehr 1980, daß an den Schulen zu wenig über Auftrag und Stellung der Bundeswehr informiert wird, ist nach wie vor aktuell.

Es bleibt deshalb das Anliegen der CDU, daß ähnlich wie in unseren demokratisch regierten Nachbarländern auch in den Schulen unseres Landes für eine sachliche Aufklärung der Schüler über die Stellung der Bundeswehr nach der Verfassung und über ihren Auftrag bei der Sicherung des Friedens gesorgt wird.

So ist beispielsweise in dem seit zwei Jahrzehnten sozialistisch regierten Österreich in einem Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst „Politische Bil-

dung in den Schulen“ als Aufgabe der politischen Bildung festgelegt, das Verständnis der Schüler für die Aufgaben der umfassenden Landesverteidigung im Dienste der Erhaltung der demokratischen Freiheiten, der Verfassungs- und Rechtsordnung, der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des Landes zu wecken. Hierzu sei es notwendig, ein klares Bewußtsein bei den Schülern dafür zu schaffen, daß die Erreichung dieses Ziels auch als persönliche Verpflichtung eines jeden Menschen aufgefaßt werden muß. Im Rahmen dieser Aufgabenstellung der politischen Bildung wurde den Landesschulbehörden ausdrücklich anempfohlen, den Kontakt mit dem jeweiligen Militärkommando herzustellen und so mit Hilfe der Informationsmedien des Heeres Verständnis und Vertrauen bei den Schülern für bzw. in die militärische Landesverteidigung zu gewinnen und zu fördern.

Ähnliches trifft in Frankreich zu. Dort haben der Unterrichtsminister und der Verteidigungsminister ein umfassendes Rahmenabkommen in ausdrücklicher Anerkennung der Tatsache abgeschlossen, daß Bildungsaufgabe und Verteidigungsauftrag nicht isoliert voneinander betrachtet werden können, wenn es gilt, verantwortungsbewußte Bürger heranzubilden. Unterrichts- und Verteidigungsminister bemühen sich gemeinsam, die Information der männlichen und weiblichen Jugendlichen über die Verteidigungsnotwendigkeit sowie über Sinn und Zweck des Wehrdienstes zu verbessern.

Dazu gehören ausdrücklich auch Informationsbegegnungen zwischen Schülern

und Soldaten, ja es ist auch an Maßnahmen gedacht, die es den Schülern im Rahmen des Unterrichtsbetriebes erlauben, sich in den Einheiten und Verbänden unmittelbar über das Leben in den Streitkräften zu informieren oder mit Wehrpflichtigen und länger dienenden Soldaten Kontakt aufzunehmen. Ferner sollen Lerninhalte entwickelt werden, die im Rahmen des Ausbildungs- und Erziehungsprozesses zur Entwicklung einer über bloßes Wissen und militärische Fakten und Ereignisse hinausgehende Verteidigungsbereitschaft beitragen können.

Aus alledem wird deutlich, daß die Franzosen — offensichtlich egal welcher politischen Partei sie angehören — keinerlei Berührungängste mit ihren Streitkräften kennen, daß diese vielmehr als wichtiger und anerkannter Garant der demokratischen Ordnung gelten.

Die Kultusminister der SPD-regierten Bundesländer haben es zu verantworten, daß die Kultusministerkonferenz sich bisher nicht auf gemeinsame Empfehlungen über das Thema Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht verständigen konnte. Sie haben unter der Federführung ihrer linken Flügelmänner bisher eine Position eingenommen, die eine eindeutige Abkehr von der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der früheren SPD-Bundesregierung beinhaltet, und sie versuchen gleichzeitig, ihre einseitige parteipolitische Position in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Richtschnur für den Unterricht in den Schulen zu machen. Dies ist nicht hinnehmbar. Die Kultusminister der SPD sollten das Beispiel ihrer sozialistischen Kollegen in den Nachbarländern Österreich und Frankreich zum Anlaß nehmen, ihren Standpunkt zu überdenken und zu korrigieren.

Vor allem sollte der Hamburger Schulse-nator Grolle seine Aufgabe als Präsident der Kultusministerkonferenz darin sehen, die unterschiedlichen Standpunkte zum Konsens zu führen.

■ VOLKSZÄHLUNG

Vogel macht sich unglaublich

Aufgrund des Urteils des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts steht fest, daß die Volkszählung nicht an dem vom Volkszählungsgesetz vorgesehenen Tag stattfinden wird. Es bleibt abzuwarten, ob das Bundesverfassungsgericht in der Entscheidung im Hauptsachverfahren zu dem Ergebnis kommen wird, daß die auskunftspflichtigen Bürger durch den Vollzug des Gesetzes in ihren Grundrechten verletzt werden.

Wir werden eventuelle Hinweise des Bundesverfassungsgerichts, in welcher Form den Grundrechten, insbesondere im Bereich des Datenschutzes, Rechnung zu tragen ist, sorgfältig beachten, erklärt MdB Wolfgang Bötsch, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit Schuldzuweisungen an die Bundesregierung Kohl kann man den vielschichtigen Vorgang nicht abtun. Das Volkszählungsgesetz war unter Federführung und Verantwortung der abgetretenen SPD/FDP-Bundesregierung konzipiert und eingebracht worden. Unglaublich macht sich der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion mit seiner Kritik an der Bundesregierung. Als Justizminister hatte Vogel den Gesetzentwurf überprüft, keinen Grund zur Beanstandung gefunden und damit den Weg zum weiteren parlamentarischen Verfahren frei gemacht.

Anlaß zum Triumph haben am allerwenigsten diejenigen, denen es nicht um den Schutz der Grundrechte, sondern um die Zerstörung unseres freiheitlichen Rechtsstaates geht.

INFORMATION

Christdemokraten in Europa: Gewalt in Videofilmen stoppen

In Bonn forderte der CDU-Europaparlamentarier und frühere baden-württembergische Kultusminister Professor Wilhelm Hahn die Einrichtung einer europäischen Prüfstelle für jugendgefährdende Medien. Hahn verwies auf die „Überschwemmung“ des Marktes mit Videofilmen, die unvorstellbare Grausamkeiten enthielten. Da es unmöglich sei, Jugendlichen den Zugang zu derartigen Produkten zu untersagen, hat der Unionspolitiker die EG-Kommission aufgefordert, zu prüfen, mit welchen Maßnahmen diesen Gefahren entgegen gewirkt werden könne. Das sei dringend geboten, da die Regelungen in den Mitgliedstaaten „Löcher“ enthielten.

Forschung ohne Eingriffe des Staates

Auf der Hannover-Messe präziserte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber die Position der Bundesregierung: Direkte Eingriffe des Staates bei der Entwicklung neuer Technologien werden nachdrücklich abgelehnt. Der Staat habe lediglich die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß zukunftssträchtige Forschungsarbeiten vorgenommen werden könnten.

Wie negativ sich die „Besserwisseri“ des Staates in der Grundlagenforschung auswirke, zeige das Beispiel Biotechnik. Noch vor wenigen Jahren habe die Bundesrepublik auf diesem Gebiet eine internationale Spitzenstellung innegehabt. Dann sei von Staats wegen drei Jahre lang über Grenzwerte der Gen-Entwicklung debattiert worden. Dies habe dazu geführt, daß deutsche Unternehmen heute hoffnungslos den Anschluß verloren hätten.

Riesenhuber forderte die Wirtschaft auf, in der Grundlagenforschung eng auch mit konkurrierenden Unternehmen zusammenzuarbeiten, um Parallelarbeit zu vermeiden und eine größere Effizienz zu erreichen. Ähnliches gelte auch für die noch immer unzureichende Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaftlern an Hochschulen und Universitäten. Hier gebe es einen beträchtlichen Nachholbedarf.

Für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, so der Minister, vor allem aber für den Arbeitsmarkt werde es katastrophale Folgen haben, wenn es zu einer Verweigerung gegenüber der Einführung neuer Technologien komme.

Weitgehende Übereinstimmung mit dem VdK

Der Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (VdK) und Bundesarbeitsminister Blüm stimmen darin überein, daß die Rentenversicherung durch eine strukturelle Reform langfristig saniert und konsolidiert werden muß. Wichtiger Orientierungspunkt dabei soll sein, daß in Zukunft die Renten sich gleichmäßig mit den verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln. Das wurde bei einem Gespräch festgestellt, das das Präsidium des VdK, an seiner Spitze Vizepräsident Ludwig Hönle, in Bonn mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, dem Parlamentarischen Staatssekretär Heinrich Franke und leitenden Mitarbeitern des Bundesarbeitsministeriums führte.

Die Vertreter des VdK anerkannten die Bemühungen Blüms, die notwendigen Einsparungen mit strukturellen Reformen zu verbinden. Die mit der geplanten Aktualisierung der Rentenanpassung verbundenen Einsparungen seien ein hoher Preis. Eine erneute Verschiebung der Rentenanpassung sei für den VdK völlig indiskutabel. An der Prüfung der verschied-

denen Modelle, die den angestrebten Gleichklang der Entwicklung von Renten und verfügbaren Arbeitnehmer-Einkommen bewirken, wird sich der VdK intensiv beteiligen.

Die Umstellung der Kinderzuschüsse auf Kindergeld findet nicht die Zustimmung des VdK, solange der Familienlastenausgleich unzureichend ausgestattet ist. Die Vertreter des VdK zeigten sich jedoch befriedigt, daß die Waisenrenten unangetastet bleiben.

Befriedigt äußerten sich die Vertreter des VdK, daß nach der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien die Kriegsoffer von den Sparmaßnahmen ausgenommen werden sollen.

SPD sucht für die Jusos neue Form der Organisation

Bis zum Herbst will die SPD gemeinsam mit den Jungsozialisten über die Frage „der wirksamsten Organisationsstruktur für eine Jugendorganisation der Partei“ entscheiden. Dies kündigte SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in der Hannoverischen „Neuen Presse“ an. Glotz meinte, die Jusos müßten „näher an die Jugendlichen ran. Wir müssen aus den Gremien heraus und in die Gesellschaft hinein“. Der SPD-Bundesgeschäftsführer bezeichnete es als „noch offen“, ob dies „an Statuten- und Richtlinienänderungen gekoppelt sein muß“.

Kommunistische Wühlarbeit

Zur Ausweisung von 47 sowjetischen Staatsbürgern aus Frankreich erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Klein (München): 47 sowjetische Staatsbürger, darunter 40 Diplomaten, wurden am 5. April wegen Spionage aus Frankreich ausgewiesen. Das ist die größte Maßnahme dieser Art in einem westlichen Land seit 1971, als die damalige konservative britische Regierung unter Edward Heath 105

sowjetische Diplomaten und Staatsangehörige des Landes verwies. Gerade in jüngster Zeit haben sich solche Vorfälle wieder gehäuft: In Großbritannien, Spanien, Italien und der Schweiz wurden sowjetische Staatsbürger wegen Spionage und anderer illegaler Tätigkeiten des Landes verwiesen. Es spielt keine Rolle, ob es sich um sozialistische, christlich-demokratische oder konservative Regierungen handelt, niemand ist gegen sowjetische Wühlarbeit gefeit. Selbst wenn — wie in Frankreich — die Kommunisten an der Macht beteiligt sind, kann der Kreml dem Drang zur illegalen Tätigkeit nicht widerstehen.

Wir sind der französischen Regierung zu Dank verpflichtet, daß sie ein so deutliches Schlaglicht auf das Ausmaß der illegalen Tätigkeit des sowjetischen Geheimdienstes in westlichen Ländern geworfen hat.

Zimmermann optimistisch über Kernenergie-Ausbau

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist „zuversichtlich“, daß mit der angestrebten Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für die Errichtung von Kernkraftwerken „nunmehr ein bedarfsgerechter Ausbau der Kernenergie möglich ist“. Er halte dies „besonders unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes für geboten“, sagte Zimmermann in einem Interview des Deutschen Deutschen Dienstes (ddp). Wie viele Kernkraftwerke in der Bundesrepublik etwa in den nächsten fünf Jahren in Betrieb gehen könnten, lasse sich allerdings nicht voraussagen. Die Bundesregierung hatte nach Darstellung des CSU-Politikers zusammen mit den Ländern, Gutachtern, Herstellern und Betreibern Möglichkeiten zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren geprüft und war zu dem Ergebnis gekommen, daß dies ohne Änderung des geltenden Rechts möglich sei.

SCHEIDUNGSRECHT

Regierung Kohl beseitigt Härten im Versorgungsausgleich

Das seit dem 1. Juli 1977 geltende Scheidungsrecht führte vor allem bei den Scheidungsfolgen zu teilweise befremdlichen Ergebnissen; insbesondere die Entscheidungen zur Unterhaltshöhe und zum Versorgungsausgleich brachten für die Betroffenen unzumutbare finanzielle Härten. Wesentliche Mängel des Gesetzes hat daher das Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen als verfassungswidrig definiert und mit Urteil vom 28. Februar 1980 festgestellt, daß der Gesetzgeber gehalten sei, für Härtefälle Nachbesserungen vorzunehmen.

Diesen Gesetzgebungsauftrag hat die Regierung Helmut Kohl am 16. Dezember 1982, also wenige Wochen nach Übernahme der Regierungsverantwortung, durch Verabschiedung des Gesetzes zur Milderung von Härtefällen im Versorgungsausgleich erfüllt. Hierzu war die SPD-geführte Regierung über Jahre hinweg nicht in der Lage. Das Gesetz sieht eine Verbesserung der Versorgung des gleichgeschlechtlichen geschiedenen Ehegatten in folgenden Fällen vor:

Vorversterbensfälle:

Der Berechtigte stirbt, ohne Leistungen aufgrund des Versorgungsausgleichs erhalten zu haben. Obwohl sich der Versorgungsausgleich also nicht zugunsten des Berechtigten ausgewirkt hat, wird die Versorgung des Verpflichteten weiterhin gekürzt.

Beispiel:

Ehepaar Müller wird im Januar 1983 geschieden. Ehemann Alfred muß an seine Ehefrau Berta im Wege des Versorgungsausgleichs Versorgungsanwartschaften in Höhe von 200,— DM abgeben. Alfred geht am 1. Juli 1983 in Rente und erhält eine um 200,— DM gekürzte Rente (statt 1200,— DM nur noch 1000,— DM). Berta stirbt am 31. Dezember 1983, ohne vorher eine eigene Rente erhalten zu haben. (Altes Recht: Alfred erhält weiterhin nur 1000,— DM an Rente.)

Neues Recht: Alfred erhält ab 1. Januar 1984 wieder 1200,— DM Rente.

Als bald-Vorversterbensfälle:

Wie oben, jedoch hat der Berechtigte verhältnismäßig geringe Leistungen (nicht mehr als 2jährige Rentenleistungen) vor seinem Tode aus dem Versorgungsausgleich erhalten.

Fall wie oben mit folgender Abwandlung: Berta hat vor ihrem Tode Altersruhegeld aus dem Versorgungsausgleich in Höhe von insgesamt 2000,— DM erhalten (zehn Monate). (Altes Recht: Alfred erhält weiterhin nur 1000,— DM an Rente.)

Neues Recht: Alfred erhält wieder 1200,— DM Rente (die an Berta ausbezahlten 2000,— DM werden Alfred von seiner Rente — in Raten — abgezogen).

Unterhaltsfälle:

Der Verpflichtete bezieht eine Rente oder Pension, der Berechtigte noch nicht. Die

Rente oder Pension des Verpflichteten wird aufgrund des Versorgungsausgleichs gemindert. Hierdurch mindert sich auch seine Leistungsfähigkeit. Dies führt zu einer Verringerung oder zu einem Ausschluß des Unterhaltsanspruchs des Berechtigten. Der Versorgungsausgleich belastete bisher also beide: Den Verpflichteten (durch Minderung von Rente oder Pension) und den Berechtigten (durch Unterhaltsminderung).

Fall wie oben mit folgender Abwandlung: Alfred geht am 1. Juli 1983 in Rente und muß an Berta Unterhalt zahlen; Berta stirbt nicht. (Altes Recht: Alfred erhält weiterhin nur gekürzte Rente in Höhe von 1000,— DM und muß davon Berta Unterhalt zahlen.)

Neues Recht: Alfred erhält ungekürzte Rente in Höhe von 1200,— DM; dadurch erhält Alfred mehr an Rente und Berta bekommt mehr an Unterhalt.

Quasi-Splitting:

Alfred Müller hat eine berufsständische Versorgungsanwartschaft (z.B. als Arzt, Rechtsanwalt, Architekt, Journalist) in Höhe von 2000,— DM (oder eine Anwartschaft aus einer Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in Höhe von 200,— DM) auszugleichen, die er in der Ehezeit erworben hat. (Altes Recht: Alfred muß für die auszugleichenden Anwartschaften für Berta etwa 180000,— DM bei der BfA einzahlen — oder etwa 18000,— DM im Falle der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes.)

Neues Recht: Berta erhält bei der BfA Versorgungsanwartschaften in Höhe von 1000,— DM (bei der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in Höhe von 100,— DM). Alfred muß keine eigenen Zahlungen leisten; er erhält im Versorgungsfall eine um 1000,— DM (bei der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes um 100,— DM) gekürzte Rente.

Realteilung:

Alfred hat eine betriebliche Altersversorgung oder Lebensversicherung auf Rentenbasis in Höhe von 400,— DM auszugleichen, die er in der Ehezeit erworben hat. (Altes Recht: Alfred muß für die auszugleichenden Anwartschaften für Berta etwa 36000,— DM bei der BfA einzahlen.)

Neues Recht: Berta erhält bei der betrieblichen Altersversorgung oder Lebensversicherung von Alfred unmittelbar einen eigenen Anspruch auf Altersversorgung in Höhe von 200,— DM. Alfred muß keine eigenen Zahlungen leisten; er erhält im Versorgungsfall eine um 200,— DM gekürzte Rente.

Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich: Der schuldrechtliche Versorgungsausgleich wird dann eingreifen, wenn der Versorgungsträger von Alfred die Möglichkeit der Realteilung in seiner Satzung nicht eröffnet. (Altes Recht: Alfred muß für die auszugleichenden Anwartschaften für Berta etwa 36000,— DM bei der BfA einzahlen.)

Neues Recht: Berta erhält im Versorgungsfall einen — schuldrechtlichen — Anspruch gegen Alfred in Höhe von 200,— DM. Dieser Anspruch steht Berta unabhängig von ihrer Bedürftigkeit zu, also auch wenn ihr Alfred keinen Unterhalt zahlen muß. Einen Anspruch gegen den Versorgungsträger hat sie dagegen nicht.¹⁾

Insgesamt muß das Scheidungsrecht wieder auf eine verfassungsrechtlich gesicherte Basis gestellt werden. Aber noch stehen weitere Urteile zum Scheidungsfolgenrecht aus. Daher sind zusätzliche Regelungsaufträge zu erwarten, die unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Zumutbarkeit und der Gerechtigkeitsvorstellungen der Bürger Eingang in unsere Überlegungen zur Verbesserung des Versorgungsausgleichs finden werden.

¹⁾ (Quelle: recht, Informationen des Bundesministers der Justiz, Nr. 1/2 von Januar/Februar 1983)

CDU NIEDERSACHSEN

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt der Diskussion

Der Arbeitsmarkt mit seinen besonderen Belastungen in den 80er Jahren stand im Mittelpunkt des Landesparteitages der Niedersachsen-CDU in Braunschweig. Vor mehr als 600 Delegierten bezeichnete der Vorsitzende Wilfried Hasselmann den Landesparteitag als einen Parteitag des Problembewußtseins, der Lösungen sucht, Anregungen formuliert, Beschlüsse vorbereitet und sich auch Gedanken für übermorgen macht.

Der Generalsekretär der niedersächsischen CDU gab als Zielrichtung des Parteitages an: „Wir wollen mit einem offenen Parteitag dokumentieren, daß wir uns mit der Arbeitslosigkeit nicht abfinden und daß wir entschlossen sind, alles nur mögliche zu tun, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.“

Wilfried Hasselmann sagte einleitend: „Die Bundesrepublik Deutschland hat in diesem Winter die höchste Arbeitslosigkeit seit ihrem Bestehen erleben müssen. Dies ist ein trauriger Rekord. Er wird um so bedrückender, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß sich hinter der kalten Zahl 2,5 Mio. millionenfache Einzelschicksale verbergen. Gerade wir als christliche Demokraten müssen uns verpflichtet fühlen, dieses Problem aus unserer Verantwortung heraus nicht als Quantität, sondern als menschliche Qualität zu begreifen und anzupacken.“

Von dem Angebot der Niedersachsen-CDU machten sehr viele Vertreter des öf-

fentlichen Lebens, der Vereine und Verbände Gebrauch. In drei Arbeitskreisen wurde diskutiert. Der Arbeitskreis I unter Leitung von Wirtschaftsminister Birgit Breuel befaßte sich mit dem wirtschaftlichen Wachstum. Im Arbeitskreis II unter Leitung von Sozialminister Hermann Schnipkoweit wurde über Flexibilität im Arbeitsleben diskutiert, und im Arbeitskreis III stand die Jugendarbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Hier hatte der neue Kultusminister Berndt Oschatz die Regie übernommen. In allen drei Arbeitskreisen stand die Diskussion auf einem hohen Niveau und wurde mitunter auch sehr kontrovers geführt. Patentlösungen — das wußte man vorher — waren nicht zu erwarten, deswegen war auch von Beschlüssen Abstand genommen worden.

Ministerpräsident Ernst Albrecht hatte die Devise ausgegeben: „Eine Partei, die aufhört zu denken, verliert die Regierungsfähigkeit.“ Er ging mit gutem Beispiel voran und machte den Vorschlag aus Schwarzarbeit wieder „Weißarbeit“ zu machen, indem man freiwillig geleistete Arbeit von Steuern und Abgaben freistellt und nur mit Beiträgen zur Rentenversicherung belegt. Auf diese Weise könne man die Arbeit wieder in die Betriebe zurückholen.

Für den Abbau der Arbeitslosigkeit ist nach den Worten von Ernst Albrecht wirtschaftliches Wachstum die wesentlichste Voraussetzung. Wenn jedoch für immer mehr Sektoren der Wirtschaft, die in Wahrheit keine Zukunft mehr hätten, staatliche Erhaltungssubventionen in Milliardenhöhe gezahlt würden, damit sie

wettbewerbsfähig bleiben, sei ein wirtschaftlicher Aufschwung mit hohem Beschäftigungsstandard nicht möglich. Der Strukturwandel müsse sozial abgefedert, dürfe aber nicht verhindert werden.

Als weitere Voraussetzung für Wachstumsförderung nannte der Ministerpräsident u. a. eine Gesundung der Staatsfinanzen, ein vernünftiges Zinsniveau, eine Änderung der Bemessungsgrundlage für BAFÖG in der Weise, daß neben dem Einkommen auch das Vermögen berücksichtigt wird, die Beseitigung des Wildwuchses in der Mittelstandsförderung und ein überschaubares System für einen gerechten Familienausgleich.

Sozialminister Schnipkoweit rechnete in einem vom Parteitag diskutierten Thesenpapier „Mehr Flexibilität im Arbeitsleben“ aus, daß es mindestens 850 000 Arbeitslose weniger geben könnte, wenn den Arbeitnehmern freigestellt würde, bereits mit 58 Jahren in den Ruhestand zu treten, wenn der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze von zur Zeit zehn auf 20 Prozent gesteigert, Nebentätigkeiten der Beamten durch Gesetz weiter eingeschränkt sowie die Schwarzarbeit abgebaut werden könnten.

Der CDU-Landesvorsitzende, Minister Hasselmann, empfahl — als Solidarbeitrag des öffentlichen Dienstes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit — eine Halbierung des 13. Monatsgehaltes. Dadurch würden in den Kommunen Millionen für Investitionen frei. Hasselmann warnte jedoch davor, das Berufsbeamtentum zum Spielball von Arbeitsmarktüberlegungen zu machen.

Das Bildungssystem habe sich insgesamt in Inhalt und Ausrichtung von der Arbeitswelt abgekoppelt, stellte Kultusminister Oschatz in einem Thesenpapier fest. Es sei dringend notwendig, diese „Art schulischer Apartheidpolitik“ abzubrechen. Wert und Qualität des heutigen Abiturs müßten sich auf kurz oder lang verändern.

Das Ziel sei eine bessere Verzahnung des Bildungs- und Beschäftigungssystems.

Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Werner Remmers, verlangte vom Staat mehr Sparsamkeit beim Erlaß von Gesetzen, Vorschriften und Auflagen. Er kündigte schon für die nächste Zeit eine Initiative seiner Fraktion zur Neugestaltung aller Förderrichtlinien an.

Ergebnislos blieb ein neuerlicher Vorstoß des Landesvorstands, die wachsende Zahl der Parteitagsdelegierten durch eine Satzungsänderung um etwa ein Drittel zu verringern. Für den Antrag, den Generalsekretär Hans-Dierk Bobzien begründete, fand sich nicht die notwendige Mehrheit. Der CDU-Parteitag hat gegenwärtig 677 stimmberechtigte Delegierte, während selbst die größeren CDU-Verbände Rheinland und Westfalen weniger Delegierte haben. Die Parteiführung hält die Verringerung der Delegiertenzahl vor allem deshalb für notwendig, weil in Niedersachsen ausreichend große Hallen fehlen.

Berliner Selbsthilfepolitik hat Modellcharakter

Der Gesamtverband des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird eine geplante Berliner Selbsthilfe-, Kontakt- und Informationsstelle in seine Trägerschaft übernehmen. Dabei wird der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie, Ulf Fink, die Errichtung und den Betrieb des Beratungszentrums finanziell ermöglichen. Hierfür sind fünf Mitarbeiter vorgesehen. Der finanzielle Gesamtaufwand wird etwa 450 000 Mark jährlich betragen.

Besonders hervorzuheben ist die erfreuliche Tatsache, daß ein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik Deutschland die Trägerschaft für das Selbsthilfe-Beratungszentrum übernehmen wird. Damit wird der Modellcharakter der Berliner Selbsthilfepolitik für das übrige Bundesgebiet hervorgehoben.

DER FALL DREWITZ

DDR-Grenzschikanen belasten innerdeutsches Verhältnis

Heinrich Windelen, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, erklärte in der ARD-Sendung „Kontraste“ zum Todesfall von Rudolf Burkert:

Auch nach meiner Erinnerung ist der Tod von Rudolf Burkert wohl der schwerwiegendste Zwischenfall seit Bestehen des Transitabkommens. Wir müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß alle Umstände des tragischen Todes von Rudolf Burkert geklärt werden. Wir ersuchen die Behörden der DDR ganz nachdrücklich, ihren Beitrag zu einer restlosen und raschen Aufklärung zu leisten. Ich kann mir nicht denken, daß die Dienststellen der DDR an einer Belastung der gegenseitigen Verhältnisse interessiert sind. Wir werden den guten Willen danach beurteilen, in welchem Maße die DDR rasch und rückhaltlos zur Aufklärung dieses Falles beiträgt. Auch uns liegt an gutnachbarschaftlichen Verhältnissen. Die Ereignisse um den Tod von Rudolf Burkert lassen sich mit gutnachbarschaftlichen Verhältnissen nicht in Übereinstimmung bringen. Wir erwarten von der DDR eine rasche und restlose Aufklärung.

Frage: Hängt vom Verhalten der DDR in dieser Frage in Ihren Augen auch ab, ob ein Besuch des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Bonn noch in diesem Jahr willkommen ist oder nicht?

Windelen: Dies ist sicher ein Umstand unter vielen. Solche Gespräche haben eigentlich nur dann Sinn, wenn sie in einer Atmosphäre eines Minimums an gegenseitigem Vertrauen stattfinden. Wenn hier ein schwerer Schatten auf dem Verhältnis

bleibt, wird es schwer sein, die Voraussetzungen für diese Gespräche zu schaffen. Die Einladung für den Staatsratsvorsitzenden war noch von der letzten Regierung ausgesprochen worden. Die neue Bundesregierung hat diese Einladung beibehalten. Der Staatsratsvorsitzende hat auf der Leipziger Messe sein Interesse an diesen Gesprächen erklärt. Ein Termin allerdings ist noch nicht vereinbart. Auch die Modalitäten und Themen sind noch nicht vereinbart. Es würde sicher die Voraussetzung zur Klärung dieses Besuches wesentlich erleichtern, wenn die DDR auch aus diesem Grunde das ihr Mögliche täte, um den tragischen Tod von Rudolf Burkert möglichst rasch und rückhaltlos aufzuklären.

Zu dem Vorfall am Grenzübergang Drewitz erklärte der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Eduard Lintner:

Geradezu demonstrativ und in letzter Zeit immer drastischer hat die DDR Transitreisende und Besucher aus der Bundesrepublik spüren lassen, daß sie im Herrschaftsbereich der SED quasi „rechtlos“ sind. Die Zahl der willkürlichen, deshalb als „Verdachtskontrollen“ bezeichneten Schikanen und Verhöre nahm zu, die „Geldstrafen“, „Kautions“ und Beschlagnahmen wurden immer rigoroser. Auch das betont forsche, gezielt auf Einschüchterung bedachte Auftreten von DDR-Leuten gegenüber Bundesbürgern ist Teil eines von der DDR wohl absichtlich so gestalteten Ablaufs, der den Betroffenen geradezu körperlich vermitteln soll, daß sie im Herrschaftsbereich der SED ohne gesicherte, schützende Rechte seien.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Bedauerliche Entgleisung

Die Ohrfeige, die der Bonner Kreisverband des DGB dem Bundesarbeitsminister und Spitzenmann der Sozialausschüsse verpaßt hat, schlägt doppelt auf den DGB zurück. Blüms Aussperrung aus dem DGB-Rednerkarussell zum 1. Mai ist nicht nur eine bedauerliche Entgleisung von tolpatschigen Provinz-Funktionären. In historischer Betrachtung ist das auch eine politische Instinklosigkeit und eine Demonstration fataler Vergeßlichkeit.

Fast auf den Tag genau vor 50 Jahren stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser und schalteten die Arbeitnehmerbewegung gleich. Aus diesen Erfahrungen haben die in Weimar zerstrittenen Richtungsgewerkschaften vor allem gelernt, daß sie nur durch Einigkeit, durch die Einheit ihres freien und des christlichen Flügels, stark und widerstandsfähig sein können.

Nun ist die Bonner Ausladung nicht der Anfang einer neuen Flügelspaltung im DGB. Aber daß es dem DGB-Landes- oder Bundesvorstand nicht gelungen ist, die Bonner Kollegen vor unbesonnenen und überzogenen Reaktionen zu

bewahren, ist doch ein nachdenklich stimmendes Symptom für wachsende Spannungen und Ansätze für Entfremdungserscheinungen zwischen den parteigebundenen Flügeln im DGB.

Blüms Eintreten für eine „Lohnpause“ hat zu Recht den Unmut und auch scharfe Kritik bei den Gewerkschaften, übrigens auch bei CDU-Gewerkschaften, ausgelöst. Es steht aber schlecht um die Nerven und vor allem um die Toleranz von Gewerkschaftern, wenn sie solche Meinungsverschiedenheiten nicht dort austragen, wo sie hingehören: in den politischen und tarifpolitischen Alltag.

In Erinnerung an die Ereignisse von 1933 soll der 1. Mai 1983 auch eine Demonstration gewerkschaftlicher Einheit sein. Das Bonner Redeverbot ist deshalb ein schmerzlicher Pfahl im Fleische. Es wäre deshalb guter Stil und ein Zeichen politischer Einsicht, wenn berufene Kräfte im DGB dies noch einmal klarstellen könnten.

Westfälische Rundschau, 19. April 1983

★

Norbert Blüm wird nun trotz Aussperrung und Redeverbot durch den Bonner DGB am 1. Mai in der Bundeshauptstadt sprechen. Zu einer Maikundgebung in der Bad Godesberger Stadthalle wurde er vom „Aktionskomitee Christlich-Sozialer Arbeitnehmerv Verbände“ eingeladen.

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann (BLZ 370 100 50).
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId